

Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention

Inklusions- und Unterstützungsqualität an allgemeinen Schulen

Ergebnisse einer bundesweiten Elternbefragung

Factsheet

Das Forschungsprojekt „Praktische Hürden beim Zugang zur inklusiven Schule“ liefert auf Grundlage einer bundesweiten Befragung von 7.462 Sorgeberechtigten im Jahr 2025 differenzierte Einblicke in die schulische Situation von Kindern mit Beeinträchtigungen und sonderpädagogischem Förderbedarf. Es identifiziert strukturelle Herausforderungen und wesentliche Hürden beim Zugang zu inklusiver Bildung.

Unzureichende Ressourcen und Unterstützungsstrukturen

Eltern beschreiben die Inklusions- und Unterstützungsqualität an allgemeinen Schulen insgesamt als unzureichend.

Sonderpädagogische Expertise fehlt aus Sicht vieler Eltern: Nur 14,7 Prozent sehen genügend Fachkräfte mit entsprechender Expertise, 48,1 Prozent verneinen dies.

Die Räume der Schule werden nur zu 30,7 Prozent als barrierefrei bewertet. 69,3 Prozent sehen die bauliche Barrierefreiheit nicht oder nur teilweise erfüllt.

Auch die Ausstattung mit geeigneten Lernmaterialien wird häufig als unzureichend bewertet: Nur 21,8 Prozent sehen die Schulen ausreichend mit passenden Materialien ausgestattet, für 37,9 Prozent sind diese nicht vorhanden.

Sensibilisierung und Aufklärung im Klassenverband erscheinen lückenhaft: Nur 33,3 Prozent

stimmen zu, dass anderen Kindern gut erklärt wird, was Kinder mit Förderbedarf benötigen, 34,1 Prozent verneinen dies.

„Wir brauchen eine bessere Schule für alle Kinder, das bedeutet vor allem mehr personelle Ressourcen.“

Maßnahmen zur Förderung des gemeinsamen Miteinanders werden nur teilweise wahrgenommen: 37 Prozent sehen eine aktive Förderung des Miteinanders, 22 Prozent sehen diese Förderung nicht gegeben.

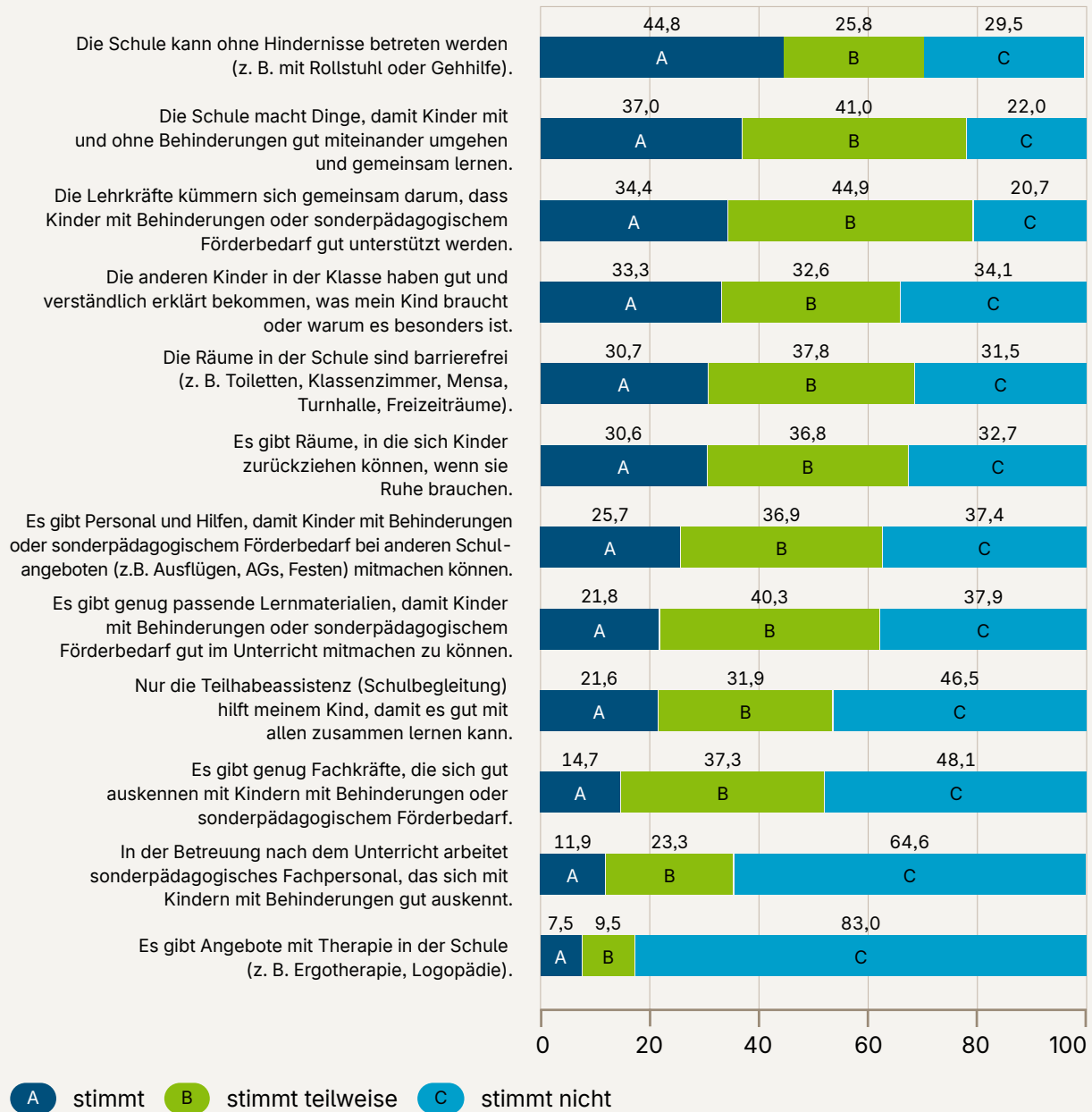
Sonderpädagogisches Fachpersonal in der außerunterrichtlichen Betreuung fehlt aus Sicht vieler Eltern: 64,6 Prozent berichten, dass entsprechendes Fachpersonal dort nicht vorhanden ist. Besonders große Defizite sehen Eltern bei den personellen Ressourcen: Nur 25,7 Prozent sehen ausreichend Personal zur Unterstützung, 37,4 Prozent verneinen dies.

Häufig fehlt eine verlässliche sonderpädagogische Förderung

Eltern nehmen Förderschulen deutlich häufiger als fachlich und sonderpädagogisch besser ausgestattet wahr: 53,8 Prozent sehen dort sehr viel Fachwissen zu Behinderungen und Förderbedarfen vorhanden.

Was trifft auf die Schule Ihres Kindes zu? (Eltern mit Kindern an allgemeinen Schulen)

Anteil in Prozent



An allgemeinen Schulen fällt die Bewertung deutlich kritischer aus: 41,7 Prozent berichten von wenig und 11,8 Prozent sogar von gar keinem entsprechenden Fachwissen. Dies zeigt die mangelnde Ressourcenausstattung in der inklusiven Schule.

Allgemeine Schulen werden aus Elternsicht stärker mit fachlich-kognitiver Förderung verbunden: 63,3 Prozent der Eltern an allgemeinen Schulen schätzen Deutsch und Mathematik als „sehr wichtig“ ein, an Förderschulen sind es 49 Prozent. Der Bildungsauftrag wird durch die Vermittlung von

fachlichen Kompetenzen an allgemeinen Schulen daher häufiger als erfüllt wahrgenommen.

Deutlich höhere Belastung von Eltern

Eltern von Kindern an allgemeinen Schulen erleben die Organisation des Schulalltags deutlich belastender als Eltern von Kindern an Förderschulen: 49,4 Prozent bewerten die Situation als „sehr anstrengend“ gegenüber 21,9 Prozent der Förderschuleltern.

Die Einschätzungen von Eltern an Förderschulen fallen im Vergleich ausgewogen aus. Eltern von Kindern an allgemeinen Schulen zeigen demgegenüber eine klare Belastungsdominanz: Insgesamt 83,1 Prozent der Eltern erleben die Organisation dort als „etwas“ oder „sehr anstrengend“.

Menschenrechtliche Einordnung

Die Ergebnisse machen strukturelle Muster in der deutschen Schullandschaft sichtbar: Inklusive Bildung ist im Regelschulsystem bislang nicht strukturell abgesichert, sondern häufig abhängig von voraussetzungsreichen Einzellösungen wie beispielsweise Schulbegleitung.

Dieser Befund steht im Widerspruch zur UN-Behindertenrechtskonvention, die den systematischen Aufbau eines inklusiven Schulsystems fordert.

„Im Jahr 2025 sollte ein nicht vorhandener Aufzug kein Hinderungsgrund für fehlende Schulbildung mehr sein.“

Das häufig politisch zitierte Elternwahlrecht bleibt ein Scheinwahlrecht, solange Ressourcen und Unterstützungsleistungen unzureichend sind. Es braucht eine systemische Stärkung der Inklusion in allgemeinen Schulen mit verbindlichen Mindeststandards.

Empfehlungen für die Steigerung von Inklusions- und Unterstützungsqualität an allgemeinen Schulen

1. **Stärker in flächendeckenden Aufbau wohnortnaher inklusiver Schulen investieren:** Durch eine gezielte Ressourcensteuerung und verbindliche Qualitätsstandards für inklusiven Unterricht die Ausstattung von Schulen mit sonderpädagogischem Personal, barrierefreien Lernumgebungen, therapeutischen Angeboten, Rückzugsräumen und weiteren Unterstützungsstrukturen verbessern sowie Eltern durch systemische Angebote entlasten.
2. **Spezialisierte Unterstützungssettings entwickeln und gezielte Fortbildungen für Fachkräfte anbieten:** Unterrichts-, Betreuungs- und Therapiekonzepte beispielsweise für Kinder mit Autismus sowie Förderbedarf im Bereich emotionale und soziale Entwicklung ausbauen. Dies gilt insbesondere für die Aspekte inklusive Bildung und barrierefreie Kommunikation.

Weitere Informationen

Zu den Ergebnissen des Forschungsprojekts „Praktische Hürden beim Zugang zur inklusiven Schule“: www.dimr.de/huerden-beim-zugang-zur-inkluisiven-schule



Impressum

HERAUSGEBER: Deutsches Institut für Menschenrechte | Zimmerstraße 26/27 | 10969 Berlin
info@institut-fuer-menschenrechte.de | www.institut-fuer-menschenrechte.de
Juni 2026 | Lizenz: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>